

Briefwechsel von Klaus Stein mit einem jungen Genossen der SDAJ zu:

Thesen über den Sozialismus
Angenommen auf dem 18. Parteitag der KKE,
veröffentlicht in Konsequent, Ausgabe 2/2009,
Marxistisch-leninistische Theorie und revolutionäre Praxis
Schriftenreihe der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)
Landesorganisation Berlin

Standardschrift: Kommentar Klaus Stein

Kursiv: Zitate aus den Thesen der KKE

Die kommunistische Bewegung war nie so recht einheitlich. Sie hat viele Phasen durchlaufen und insbesondere nach der Niederlage des „realen Sozialismus“ in der Sowjetunion und in Osteuropa die Gründe dieser Niederlage recht unterschiedlich eingeschätzt.

Um es knapp zu sagen: Für die KKE ist der Sündenfall der KPdSU der XX. Parteitag, sie bestreitet auch die Strategie und Politik der Aktionseinheit, der Volksfront, der antimonopolistischen Demokratie. Sie revidiert die Politik des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Sie rechtfertigt die Verbrechen, die unter Stalin begangen worden sind. Sie revidiert ihre eigene Politik bis 2008.

Diese Wende ist indes dürftig begründet.

Wir haben es bei den Thesen mit einem übersetzten Text zu tun. Das ist zu berücksichtigen. Sicherlich entsteht dadurch die eine oder andere Unklarheit. Meine Bemerkungen sind kursiv geschrieben, die Standard-Schrift kennzeichnet Originaltext.

Anlass für meine Lektüre war ihre Einschätzung der Frage der Warenproduktion im Sozialismus. Der Beantwortung dieser Frage räumen die Thesen viel Platz ein.

Die KKE gesteht zu Beginn aber noch zu, dass wir es im Sozialismus mit Warenproduktion zu tun haben.

KKE: Die konzentrierten Produktionsmittel sind vergesellschaftet, aber am Anfang gibt es noch Formen von Einzel- und Gruppeneigentum, die die Grundlage für die Weiterexistenz der Ware-Geld-Beziehungen bilden. (S. 12)

Je unreifer die sozialistische Entwicklung ist, desto mehr wird das Bildungs- und technologische Niveau der Masse der Arbeiter noch nicht deren substanzielle Rolle in der Organisation der Arbeit, in der Kenntnis der verschiedenen Segmente der Produktion und in der Verwaltung erlauben. Unter diesen Bedingungen neigen die Arbeiter in leitenden Positionen dazu, das individuelle Interesse und das Interesse an der Produktion von den gesellschaftlichen Interessen zu trennen, während Geistesarbeiter mit einer hohen wissenschaftlichen Spezialisierung in der Regel den Anspruch auf einen größeren Anteil des Gesamtprodukts erheben, da die „kommunistische Haltung“ gegenüber der Arbeit noch nicht durchgesetzt ist. (S. 12)

Hier werden gesellschaftliche Entwicklungen oder auch Hemmungen dieser Entwicklungen auf subjektive Haltungen zurückgeführt. So was greift immer zu kurz. Hohe wissenschaftliche Spezialisierung setzt Studium voraus. Dazu wird es einen Anreiz geben müssen. Erfolg wird vielleicht durch Enthusiasmus zu erreichen sein, aber die „unreife sozialistische Gesellschaft“ wird sich auf den Enthusiasmus allein nicht verlassen können. Sie wird ökonomische Stimuli einsetzen müssen. Sie hat einen dringenden und massenhaften Bedarf an der Mehrung von „Geistesarbeitern“ und „Geistesarbeit“.

Das Problem ist für mich, dass die Autoren der Thesen sich nicht der Mühe unterziehen, die objektiven ökonomischen Probleme darzustellen. Solche Sätze gleichen in ihrer analytischen Qualität solchen, die die Finanzkrise etwa aus dem Versagen oder der Gier von Managern erklären.

Oder anders: Kleingewerbe war doch wohl nicht die einzige Hemmnis für die Weiterentwicklung zum Sozialismus. Mir fallen da noch erheblichere ein: Die Verheerungen des Bürgerkriegs und der Interventionen bis 1921 sowie die weiteren Kriegsdrohungen gegen der jungen SU, ihre politische und ökonomische Isolierung. Der Analphabetismus, überhaupt mangelnde Bildung, die geringe Entwicklung der Produktivkräfte, vor allem auf dem Land.

KKE: Damit die kommunistische Produktionsweise sich erweitert, entwickelt und vollständig die Oberhand gewinnt, muss der Klassenkampf der Arbeiterklasse fortgesetzt werden - unter neuen Bedingungen, mit anderen Formen und Mitteln im Vergleich mit dem Kampf, der im Kapitalismus und während der erste Periode der revolutionären Macht, in der es um die Abschaffung kapitalistischer Verhältnisse ging, geführt wurde. Es handelt sich um einen anhaltenden Kampf für die Abschaffung jeder Form von Gruppen- und Einzeleigentum sowie gegen kleinbürgerliches Bewusstsein, das tiefe historische Wurzeln hat; es ist ein Kampf für die Bildung eines analogen gesellschaftlichen Bewusstseins und einer Haltung, die dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit entspricht. Aus diesem Grund ist die Existenz eines Staates, die revolutionäre Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, notwendig. (S. 12)

Dieser Absatz folgt unmittelbar auf den vorherigen. Beide Absätze sind im Lichte des anderen zu deuten. Offenbar richtet sich der hier angesprochene „Klassenkampf der Arbeiterklasse“ nicht mehr gegen den Kapitalismus selbst, sondern gegen das Einzeleigentum (an Produktionsmitteln) und gegen kleinbürgerliches Bewusstsein. Damit sich das wandle, sei die revolutionäre Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, notwendig.

An dieser Stelle scheint mir die Notwendigkeit der Entwicklung einer sozialistischen Intelligenz unterschätzt. Es hat sich auch in der UdSSR hemmend ausgewirkt, wenn Akademiker geringer entlohnt wurden als Facharbeiter. Warum sollte sich ein Facharbeiter sich einem Ingenieurstudium unterziehen, wenn er danach weniger verdient? Die Entwicklung und Angleichung von Qualifikationsniveaus ist zwar ein allmählicher Prozess, um den gerungen (vielleicht auch „gekämpft“) werden muss. Diese Angleichung sollte aber doch wohl nach oben stattfinden. Nicht nach unten. Auszuschließen sind Anreize, die dafür sorgen, dass auf Qualifikation verzichtet wird. Keiner will „Polpotterien. Man muss unterstellen, dass die KKE eine Niveauangleichung vorwiegend mittels Enthusiasmus zu erreichen will.

Du sagst, dass Du es nur konsequent findest, dass sich der Klassenkampf im Sozialismus, also nach der Überwindung des Kapitalismus, gegen seine Überreste wie Einzeleigentum und kleinbürgerliches Bewusstsein) richtet und nicht mehr gegen den Kapitalismus selbst.

Ich denke, da gab es noch einige und - wie ich finde - gefährlichere Fronten, wie ja auch die Geschichte gezeigt hat. Unter anderem ging es um eine revolutionäre Außenpolitik, die militärische Absicherung gegen Aggressionen. Auch die Sicherung allein der Produktion und richtigen Verteilung von Lebensmitteln hat doch wohl Vorrang vor der Niederrückung von Kleinbauern oder Kleingewerbe. Tatsächlich ging es ja auch – jedenfalls, wenn man den politischen Äußerungen glauben will - gegen das Kulakentum, also gegen die Großbauern.

Du fragst, worauf sich meine These gründet, dass die KKE eine Niveauangleichung vorwiegend mittels Enthusiasmus erreichen will.

Was ist denn das Gegenteil? Materielle Interessiertheit! Der Sozialismus muss auch den anderen Schichten nützen, also den Bauern, den Kleinbürgern, den Intellektuellen. Erst recht, wenn die Arbeiterklasse – ihre politische Homogenität mal unterstellt - die Minderheit darstellt. Auch im Sozialismus schlägt letztlich die gesellschaftliche Lage im gesellschaftlichen Bewusstsein durch.

KKE: Schwachstellen wurden im subjektiven Faktor, der Partei, sichtbar, die nicht über Spezialistenkader für die Organisation der Produktion verfügte und daher für einen bestimmten Zeitraum fast ausschließlich auf bürgerliche Spezialisten angewiesen war. (S. 23)

Was macht denn Spezialisten zu „bürgerlichen“? Ihr Handeln? Ihre politischen Vorbehalte?

KKE: Der Sprung, der in der revolutionären Phase innerhalb des Übergangs vom Kapitalismus zum entwickelten Kommunismus stattfindet, ist qualitativ bedeutsamer als jede Phase davor, da kommunistische Verhältnisse - die frei von Ausbeutung sind - im Rahmen des Kapitalismus nicht ausgebildet sind. (S. 12)

Dieser Satz erscheint unverständlich bis sinnfrei.

Am 22. Mai 2010, dem Samstag auf dem Festival der Jugend in Köln, trat um 13.00 Uhr ein griechischer Genosse auf, der über die Thesen der KKE über den Sozialismus sprach.

Seinen Namen habe ich mir nicht gemerkt. Meine damaligen Notizen:

„Er macht es sehr schlecht. Ein Scharlatan. Die SU hätte die Ware-Geld-Beziehungen wieder eingeführt, insbesondere nach dem XX. Parteitag, ist eine seiner Hauptthesen. Hier mache sich der Opportunismus bemerkbar.

Mir fällt auf: Nicht nur seine Darstellung des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus und dessen Rücknahme in Italien ist fehlerhaft (In den norditalienischen Städten sei im 15. Jahrhundert die Leibeigenschaft wieder eingeführt worden).

Ich versuche ihn zu stellen, in dem ich die Frage formuliere, zu welchem Bereich denn wohl die notwendige und der UdSSR aufgezwungenen Hochrüstung gehöre: zu dem Bereich „Erfüllung der Bedürfnisse der Bevölkerung“ oder zur Ware-Geld-Beziehung?“

Tatsächlich finde ich aber jetzt im Text der KKE diese Behauptungen wieder. Insofern muß ich ihm, was seine persönliche Leistung angeht, Abbitte tun. Politisch ist es dadurch aber umso schlimmer. Das Papier der KKE zitiert tatsächlich (Anmerkung 4 auf Seite 13):

KKE: Eine wichtige Tatsache, die den Rückzug der kapitalistischen Verhältnisse belegt, ist die, dass im 13. Jahrhundert in einigen Städten die Leibeigenschaft abgeschafft oder gelockert wurde, in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts aber zurückkehrte. (Weltgeschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Bd. C2, S. 962-964)

Das ist natürlich Quatsch (Ich weiß nicht, woher die Sowjets derartige Albernheiten bezogen hätten. Ich würde gern mal Autor und Erscheinungsjahr dieser Weltgeschichte sehen.) Die Niederlagen der frühbürgerlichen Revolutionen in Italien sind nicht etwa derartigem „Revisionismus“ geschuldet, sondern dialektisch ihren vorherigen Erfolgen, die sich nicht zuletzt in der Entstehung eines Bankwesens äußern. Die älteste Bank der Welt steht in Siena. Die Medici in Florenz entwickelten sich zu Bankiers, die wie andere Bankiers zur Zentralisation feudaler Macht zu Lasten des kleineren Adels (und des städtischen Bürgertums) beitrugen und schließlich die Macht der Könige zu Lasten der Fürsten festigten. Im Absolutismus verliert der (kleinere!) Adel seine gesellschaftlichen Funktionen. Die feudale Macht konzentriert sich im Königtum.

Im Übrigen gab es retardierende Erscheinungen im 14. Jahrhundert. Die Ursache war nicht nur die Pest. Aber allein durch die große Pest 1348 wurden große Teile der Bevölkerung ausgerottet, so dass erhebliche ökonomische, sicher auch gesellschaftliche Rückschritte eintraten.

Du sagst, dass es bei der Aussage der KKE im Kern darum geht, dass der Aufbau einer neuen Gesellschaft kein geradlinig aufsteigender Prozess ist, sondern, dass es auch eine vorübergehende Rückkehr zum alten System geben kann. Aber es macht einen Unterschied,

ob diese Umwege aus den womöglich unvermeidlichen Unebenheiten der Verhältnisse oder aus subjektivem Versagen der Revolutionäre erklärt werden.

KKE: Die so genannte Übergangsphase ist nicht unabhängig vom sozialistischen Aufbau, denn gerade in ihr wird die Grundlage für die Entwicklung einer ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft geschaffen. (S. 14)

Wenn das keine doppelt gemoppelte Tautologie ist!

KKE: "Arbeitszeit" im Sozialismus ist nicht die "gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit", die den Tauschwert von Waren in der Warenproduktion ausmacht. "Arbeitszeit" ist das Maß für den individuellen Beitrag zur gesellschaftlichen Arbeit für die Herstellung des Gesamtprodukts. (S. 16)

An dieser Stelle wird auf Marx, Kritik des Gothaer Programms (MEW 19, 20-22) verwiesen. Der Hauptgedanke indes fehlt: „Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.“ (MEW 19,21) Dieser Missstand werde erst in der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft verschwinden – „nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (MEW 19,21)

Der ganze Absatz lautet:

Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent - nach den Abzügen - exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen

Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht.

Das gleiche Recht ist hier daher immer noch - dem Prinzip nach - das bürgerliche Recht, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur im Durchschnitt, nicht für den einzelnen Fall existiert.

Trotz dieses Fortschritts ist dieses gleiche Recht stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportional; die Gleichheit besteht darin, dass an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muss der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht. Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab messbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer bestimmten Seite fasst, z.B. im gegebenen Fall sie nur als Arbeiter betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht; einer hat mehr Kinder als der andre etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Missstände zu vermeiden, müsste das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein.

Aber diese Missstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen! (MEW 19, 20 ff.)

Nebenher: es mutet doch merkwürdig an, dass wesentliche Sätze aus diesem Text ausgelassen bzw. nicht berücksichtigt werden. Denn hier werden recht deutlich und klar die Bedingungen im Sozialismus als erster Phase des Kommunismus beschrieben! Man spürt die Absicht und ist verstimmt. Man könnte auch sagen: So sieht Revisionismus aus!

Du hast dem widersprochen, aber immerhin scheint Dir hier auch ein Mangel aufzufallen, dass einiger Punkte aus der Kritik des Gothaer ausgelassen worden sind. Ich habe mich daran gestoßen, dass die Autoren der Thesen sich auf die Kritik des Gothaer Programms berufen, die wesentlichen Aussagen indes verschweigen. Sie stehen nach meinem Verständnis zu ihren Thesen im Gegensatz. Ich unterstelle hier revidierende Absicht.

KKE: Der Zugriff auf diesen Teil des Sozialprodukts, das "gemäß der geleisteten Arbeit" verteilt wird, ist durch den individuellen Arbeitsbeitrag jeder Person zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit bestimmt, ohne dass zwischen einfacher und komplexer, manueller oder anderer Arbeit unterschieden wird. (S. 17)

Genau nicht! Im Sozialismus wird noch unterschieden. Das eben macht den Unterschied, wie eben von Marx erläutert, zwischen Sozialismus und Kommunismus.

Du meinst, dass hier ein Missverständnis vorliegt, denn hier gehe es um das Prinzip der Entlohnung, dass Marx sagt, dass im Sozialismus jeder Produzent exakt so viel von der

Gesellschaft bekommt wie er ihr gibt. Und Du schlussfolgerst daraus, dass die geleistete Arbeit dabei bei jeder Art von Produzent durch die individuelle Arbeitszeit bestimmt wird. Und da sage ich Nein. Durch die unterschiedliche Qualifikation der Arbeitenden – der eine kann eine Maschine bedienen, der andere nicht – taugt die reine Arbeitszeit eben noch nicht als Entlohnungsmaßstab. Das hatten wir aber oben schon. Du hast die feine, aber wichtige, Unterscheidung zwischen Arbeit und Arbeitszeit übersehen. Hierzu eine recht passende Passage aus einem Lehrbuch der DDR „Politische Ökonomie Kapitalismus Sozialismus“ zum Charakter der Arbeit und explizit zur Allgemeinheit der Arbeit:

„Als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist die einheitliche Grundqualität der Arbeit im Sozialismus und Kommunismus bestimmt. In den einzelnen Phasen des Kommunismus hat der unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeit jedoch einen unterschiedlichen Reifegrad. Er ist abhängig vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte, der weiteren Vergesellschaftung der Produktion und der damit verbundenen Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse.

Ein wesentliches Merkmal des unmittelbar gesellschaftlichen Charakters der Arbeit ist deren Allgemeinheit. Da gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln die Trennung von privater und gesellschaftlicher Arbeit aufhebt, das heißt, die Aneignung ohne Arbeit ausschließt, macht es die Allgemeinheit der Arbeit möglich und notwendig zugleich. Die Allgemeinheit der Arbeit resultiert aus der gleichen Stellung aller Werktätigen zu den Produktionsmitteln. Sie äußert sich in dem für alle gleichen Recht und der für alle gleichen Pflicht, mit den vergesellschafteten Produktionsmitteln zu arbeiten, im gleichen Recht auf Bildung und Qualifizierung und in dem gleichen Verteilungsprinzip für den Erhalt der Konsumgüter in Abhängigkeit von der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit entsprechend dem Grundsatz: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.

Die Allgemeinheit der Arbeit gehört zu den hervorragendsten Errungenschaften und Vorzügen des Sozialismus. Sie schließt die dem Kapitalismus immanente Arbeitslosigkeit und Verschwendung von Arbeitskraft aus. [...]

Infolge der aus dem Kapitalismus übernommenen materiell-technischen Basis und der damit verbundenen Unterschiede in den Arbeitsinhalten ist die Gestaltung persönlichkeitsfördernder Arbeitsinhalte ein äußerst komplizierter und langwieriger Prozess, der vor allem die planmäßige Verringerung körperlich schwerer und gesundheitsschädigender, monotoner und die Arbeitskraft einseitig beanspruchender Arbeiten und eine die Sicherheit fördernde Gestaltung der Arbeitsmittel und -verfahren durch wachsende Mechanisierung und Automatisierung verlangt. Dadurch werden entscheidende materielle Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Arbeit allmählich zum ersten Lebensbedürfnis wird und sich die kommunistische Allgemeinheit der Arbeit herausbildet.“

KKE: In dem Moment, in dem die Arbeiterklasse, die Hauptproduktivkraft, für die Erfüllung ihrer historischen Mission kämpft, noch mehr mit dem Ausbruch der Revolution, haben sich die Produktivkräfte auf ein Niveau entwickelt, das sie in Konflikt mit den Produktionsverhältnissen, mit der kapitalistischen Produktionsweise bringt. (S. 18)

Ist es nicht allenfalls umgekehrt – und scheint hier nicht aufs hellste der griechische Voluntarismus auf?

Erst müssen die Produktivkräfte ein bestimmtes Niveau erreicht haben, dann sprengen sie die Verhältnisse. Aber die Tatsache der „Sprengung der Verhältnisse“ ist kein hinreichendes Indiz für die Reife der Produktivkräfte.

Wir finden in der Geschichte jede Menge Aufstände, in denen die Revolutionäre unreife Verhältnisse vorfinden – und untergehen. Speziell von einer unreifen Situation war schon die Rede: der frühbürgerlichen Revolution in Italien. Aktuell interessant ist auch die Geschichte der Pariser Kommune, die sich in diesem Jahr zum 140. Mal jährt. Es ist einfach fahrlässig, von der Tatsache einer Revolution schon auf ein hinreichend entwickeltes Niveau der Produktivkräfte zu schließen. Denn nur so könnten wir – was oben zu Recht abgelehnt worden ist – gewiß sein, dass historische Entwicklungen geradlinig verlaufen. Noch mal die Stelle in den Thesen (S. 18):

KKE: Marx stellte fest, dass die Menschheit sich nicht Probleme stellt, die sie nicht auch lösen kann, denn das Problem entsteht erst dann, wenn sich die materiellen Voraussetzungen für seine Lösung herausgebildet haben. In dem Moment, in dem die Arbeiterklasse, die Hauptproduktivkraft, für die Erfüllung ihrer historischen Mission kämpft, noch mehr mit dem Ausbruch der Revolution, haben sich die Produktivkräfte auf ein Niveau entwickelt, das sie in Konflikt mit den Produktionsverhältnissen, mit der kapitalistischen Produktionsweise bringt. Mit anderen Worten: Es bestanden die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus, auf deren Grundlage sich die revolutionären Bedingungen herausgebildet hatten.

Das ist eben das, was in Frage steht: bestanden in der frühen Sowjetunion schon die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus – oder mussten sie erst geschaffen werden. Da unsere griechischen Genossen bezüglich der Menschheitsaufgaben sich auf eine berühmte Stelle, dem Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, beziehen, will ich die mal hierhin kopieren:

In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muss man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewusst werden und ihn ausfechten. Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebenso wenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewusstsein beurteilen, sondern muss vielmehr dies Bewusstsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind. In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und

modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinn von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervor wachsenden Antagonismus, aber die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab. Aus Marx: Vorwort Zur Kritik der politischen Ökonomie (MEW 13, 8 f)

Ich denke, aus diesem Text geht nicht hervor, dass es subjektive Gründe gewesen sein müssten, aus denen die UdSSR zusammengebrochen ist. Wir können lesen, dass die „Menschheit immer nur Aufgaben (stellt), die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind.“ - Oder wenigstens im Prozess ihres Werden begriffen sind....

Nachdem einige Seiten gegen das Wertgesetz polemisiert wird, kommt auf Seite 27 die Kapitulation:

KKE: Ein Schwachpunkt der revolutionären Strömung war die unvollständige Interpretation der Distributionsbeziehungen bezüglich des Teils des Sozialprodukts, das proportional zur Arbeit verteilt wird. (S. 27)

Ach! Was überhaupt besagt denn das Wertgesetz?

Kleine Anmerkung, über die wir uns wahrscheinlich einig sind. Als ich aufs Gymnasium kam, haben meine Eltern noch Schulgeld bezahlen müssen. Das ist dann etwa 1957- in Niedersachsen jedenfalls - eingestellt worden. Bildung war danach im Wesentlichen unentgeltlich in der kapitalistischen Bundesrepublik. England hatte lange ein öffentliches Gesundheitswesen. Beides ist dann nach dem Zusammenbruch des Realen Sozialismus anders geworden bzw. wird umgestellt, bzw. darum gekämpft. Die Amis halten ohnehin ein öffentliches Gesundheitswesen schon für Sozialismus. Es gibt aber in der Tat schon im Kapitalismus noch oder schon gesellschaftliche Bereiche, die allenfalls sehr vermittelt der Ware-Geld-Beziehung unterliegen.

KKE: Die Verteilung eines Teils der sozialistischen Produktion "gemäß der geleisteten Arbeit" (die hinsichtlich der Form der Warenproduktion ähnelt) ist ein Überbleibsel des Kapitalismus. (S. 16)

Hier liegt aber doch genau der Streitpunkt! Wird – noch ungerecht - nach dem Ergebnis der Arbeit verteilt, also der Leistung, oder - gleichmacherisch und den Kommunismus vorwegnehmend - nach der aufgewendeten - qualifizierten oder weniger qualifizierten – Arbeitszeit?

Die KKE leistet sich zu diesem Thema sogar explizite Standpunkte, die die Frage hier keineswegs offen lassen. Etwa in der These 16 (Seite 24), wo sie in der Anmerkung 17 darstellt, wie Trotzki und Bucharin sich zum Tempo der Kollektivierung äußern und sich damit zu Klassenvertretern der Großbauern und NÖP-Leute gemacht hätten.

Dazu folgende Zitate:

Der Wert der Ware aber stellt menschliche Arbeit schlechthin dar, Verausgabung menschlicher Arbeit überhaupt. Wie nun in der bürgerlichen Gesellschaft ein General oder

Bankier eine große, der Mensch schlechthin dagegen eine sehr schätzbare Rolle spielt, so steht es auch hier mit der menschlichen Arbeit. Sie ist Verausgabung einfacher Arbeitskraft, die im Durchschnitt jeder gewöhnliche Mensch, ohne besondere Entwicklung, in seinem leiblichen Organismus besitzt. Die einfache Durchschnittsarbeit selbst wechselt zwar in

verschiedenen Ländern und Kulturepochen ihren Charakter, ist aber in einer vorhandenen Gesellschaft gegeben. Kompliziertere Arbeit gilt nur als potenzierte oder vielmehr multiplizierte einfache Arbeit, so dass ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung. Eine Ware mag das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein. Ihr Wert setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar. Die verschiedenen Proportionen, worin verschiedene Arbeitsarten auf einfache Arbeit als ihre Maßeinheit reduziert sind, werden durch einen gesellschaftlichen Prozess **hinter dem Rücken der Produzenten** festgesetzt und scheinen ihnen daher durch das Herkommen gegeben. Der Vereinfachung halber gilt uns im Folgenden jede Art Arbeitskraft unmittelbar für einfache Arbeitskraft, wodurch nur die Mühe der Reduktion erspart wird. Aus: Das Kapital (MEW 23, 59 ff.)

W - G. Erste Metamorphose der Ware oder Verkauf. Das Überspringen des Warenwerts aus dem Warenleib in den Goldleib ist, wie ich es anderswo bezeichne, der Salto mortale der Ware. Misslingt er, so ist zwar nicht die Ware geprellt, wohl aber der Warenbesitzer. Die gesellschaftliche Teilung der Arbeit macht seine Arbeit ebenso einseitig als seine Bedürfnisse vielseitig. Ebendeshalb dient ihm sein Produkt nur als Tauschwert. Allgemeine gesellschaftlich gültige Äquivalentform erhält es aber nur im Geld, und das Geld befindet sich in fremder Tasche. Um es herauszuziehen, muss die Ware vor allem Gebrauchswert für den Geldbesitzer sein, die auf sie verausgabte Arbeit also in gesellschaftlich nützlicher Form verausgabt sein oder sich als Glied der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bewähren. Aber die Teilung der Arbeit ist ein naturwüchsiger Produktionsorganismus, dessen Fäden hinter dem Rücken der Warenproduzenten gewebt wurden und sich fortweben. Vielleicht ist die Ware Produkt einer neuen Arbeitsweise, die ein neu aufgekommenes Bedürfnis zu befriedigen vorgibt oder auf eigne Faust ein Bedürfnis erst hervorrufen will. Gestern noch eine Funktion unter den vielen Funktionen eines und desselben Warenproduzenten, reißt sich eine besondere Arbeitsverrichtung heute vielleicht los von diesem Zusammenhang, verselbständigt sich und schickt ebendeshalb ihr Teilprodukt als selbständige Ware zu Markt. Die Umstände mögen reif oder unreif sein für diesen Scheidungsprozess. Das Produkt befriedigt heute ein gesellschaftliches Bedürfnis. Morgen wird es vielleicht ganz oder teilweise von einer ähnlichen Produktenart aus seinem Platze verdrängt. Ist auch die Arbeit, wie die unsres Leinwebers, patentiertes Glied der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, so ist damit noch keineswegs der Gebrauchswert grade seiner 20 Ellen Leinwand garantiert. Wenn das gesellschaftliche Bedürfnis für Leinwand, und es hat sein Maß wie alles andre, bereits durch nebenbuhlerische Leinweber gesättigt ist, wird das Produkt unsres Freundes überschüssig, überflüssig und damit nutzlos. Einem geschenkten Gaul sieht man nicht ins Maul, aber er beschreitet nicht den Markt, um Präsente zu machen.

Gesetzt aber, der Gebrauchswert seines Produkts bewähre sich und Geld werde daher angezogen von der Ware. Aber nun fragt sich's, wie viel Geld? Die Antwort ist allerdings schon antizipiert im Preis der Ware, dem Exponenten ihrer Wertgröße. Wir sehn ab von etwaigen rein subjektiven Rechenfehlern des Warenbesitzers, die auf dem Markt sofort objektiv korrigiert werden. Er soll auf sein Produkt nur den gesellschaftlich notwendigen Durchschnitt von Arbeitszeit verausgabt haben. Der Preis der Ware ist also nur Geldname des in ihr vergegenständlichten Quantums gesellschaftlicher Arbeit. **Aber ohne Erlaubnis und hinter dem Rücken** unsres Leinwebers gerieten die altverbürgten Produktionsbedingungen der Leinweberei in Gärung. Was gestern zweifelsohne gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur Produktion einer Elle Leinwand war, hört heute auf, es zu sein, wie der Geldbesitzer eifrigst demonstriert aus den Preisquotationen verschiedner Nebenbuhler unsres Freundes. Zu

seinem Unglück gibt's viele Weber auf der Welt. Gesetzt endlich, jedes auf dem Markt vorhandne Stück Leinwand enthalte nur gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Trotzdem kann die Gesamtsumme dieser Stücke überflüssig verausgabte Arbeitszeit enthalten. Aus: Das Kapital (MEW 23, 120 ff.)

Die Stelle bei Marx, die diesen »gewaltigem Zorn« des Herrn Dühring veranlasst, ist sehr kurz. Marx untersucht, wodurch der Wert der Waren bestimmt wird, und antwortet: Durch die in ihnen enthaltene menschliche Arbeit. Diese, fährt er fort, »ist Verausgabung einfacher Arbeitskraft, die im Durchschnitt jeder gewöhnliche Mensch ohne besondere Entwicklung in seinem leiblichen Organismus besitzt... Kompliziertere Arbeit gilt nur als potenzierte oder vielmehr multiplizierte einfache Arbeit, so dass ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung. Eine Ware mag das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein. Ihr Wert setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar. Die verschiedenen Proportionen, worin verschiedene Arbeitsarten auf einfache Arbeit als ihre Maßeinheit reduziert sind, werden durch einen gesellschaftlichen Prozess **hinter dem Rücken der Produzenten** festgesetzt, und scheinen ihnen daher durch das Herkommen gegeben.«

Es handelt sich hier bei Marx zunächst nur um die Bestimmung des Werts von Waren, also von Gegenständen, die innerhalb einer aus Privatproduzenten bestehenden Gesellschaft, von diesen Privatproduzenten für Privatrechnung produziert und gegeneinander ausgetauscht werden. Es handelt sich hier also keineswegs um den »absoluten Wert«, wo dieser auch immer sein Wesen treiben möge, sondern um den Wert, der in einer bestimmten Gesellschaftsform Geltung hat. Dieser Wert, in dieser bestimmten geschichtlichen Fassung, erweist sich als geschaffen und gemessen durch die in den einzelnen Waren verkörperte menschliche Arbeit, und diese menschliche Arbeit erweist sich weiterhin als Verausgabung einfacher Arbeitskraft. Nun ist aber nicht jede Arbeit eine bloße Verausgabung von einfacher menschlicher Arbeitskraft; sehr viele Gattungen von Arbeit schließen die Anwendung von mit mehr oder weniger Mühe, Zeit- und Geldaufwand erworbenen Geschicklichkeiten oder Kenntnissen in sich ein. Erzeugen diese Arten von zusammengesetzter Arbeit in gleichen Zeiträumen denselben Warenwert wie die einfache Arbeit, die Verausgabung von bloßer einfacher Arbeitskraft? Augenscheinlich nein. Das Produkt der Stunde zusammengesetzter Arbeit ist eine Ware von höherem, doppeltem oder dreifachem Wert, verglichen mit dem Produkt der Stunde einfacher Arbeit. Der Wert der Erzeugnisse der zusammengesetzten Arbeit wird durch diese Vergleichung ausgedrückt in bestimmten Mengen einfacher Arbeit; aber diese Reduktion der zusammengesetzten Arbeit vollzieht sich durch einen gesellschaftlichen Prozess, **hinter dem Rücken der Produzenten**, durch einen Vorgang, der hier, bei der Entwicklung der Werttheorie, nur festzustellen, aber noch nicht zu erklären ist.

Aus: Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, (MEW 20, 182 ff.)

Hinter dem Rücken!

Bei Hans Kalt habe ich gelesen, man hätte es nur richtig anwenden müssen, das Wertgesetz. Dann hätte auch der Sozialismus überleben können.

Das ist eine etwas naive Feststellung, solange im Sozialismus Werte gewissermaßen voluntaristisch festgelegt werden. In der ökonomischen Konkurrenz mit dem Imperialismus konnte sich das Wertgesetz brachial Geltung verschaffen – wir haben es erfahren müssen. Die sozialistischen Länder sind vielleicht nicht „zusammengebrochen“, womöglich an der inneren Konterrevolution gescheitert, sicher aber sind sie pleite gegangen.

Das ist eine Schlussfolgerung aus dieser Debatte. Solange ein sozialistisches Land nicht völlig autark wirtschaftet, hat es Anteil an der globalen Wirtschaft und der Geltung des Wertgesetzes. Das kann man nicht ablehnen oder befürworten. Es wirkt. Solange es Warenproduktion gibt.

Was ist denn da zu tun?

KKE: Der 24. Parteitag der KPdSU (1971) kehrte mit seinen Richtlinien über die Ausarbeitung des 9. Fünfjahr-Plans (1971-1975) die Prioritätsverhältnisse zwischen Abteilung I und Abteilung II um. Dies wurde schon auf dem 20. Parteitag vorgeschlagen, aber nicht angenommen. Die Änderung wurde rationalisiert als eine Entscheidung für die Erhöhung des Konsumniveaus der Bevölkerung. Tatsächlich aber war es eine Entscheidung, die gegen die sozialistische Gesetzmäßigkeit verstieß und negative Auswirkungen auf das Wachstum der Arbeitsproduktivität hatte. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität - ein grundlegendes Element für die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums, der Befriedigung der Bedürfnisse und die allseitige Entwicklung des Menschen - setzt die Entwicklung der Produktionsmittel voraus. Die Planung hätte mit einer größeren Wirksamkeit die Einführung moderner Technologie in der Industrie, im Verkehr, in der Lagerung und der Distribution von Produkten anpacken müssen. Die Entscheidung für die Umkehrung der Anteile konnte die Widersprüche, die artikuliert worden waren (z. B. überschüssige Geldeinkünfte und das Fehlen einer ausreichenden Menge von Konsumgütern, wie z. B. Elektronische Haushaltsgeräte, Farbfernseher), nicht lösen, entfernte vielmehr die zentrale Planung von ihrem grundlegenden Ziel (dem Anstieg des sozialen Wohlstands). Darüber hinaus verschärfte sie den Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und des Niveaus der kommunistischen Beziehungen in Produktion und Distribution.(S. 31)

Das ist natürlich eine schöne Geschichte, die mit dem Unterschied von Abteilung I und Abteilung II. Ich würde mich nicht darauf verlassen. Bei genauerer Betrachtung reicht das nicht. Unten sagen die griechischen Genossen was über die Kybernetik, die Computerei und so weiter. Wozu gehören denn Computer? Wozu gehört die Entwicklung des Verkehrswesens? Wozu die Rüstung? Zu Abteilung I oder zu Abteilung II? Welche Kennziffern eignen sich, um eine Ausgewogenheit der beiden Abteilungen herzustellen? Es gibt ja ähnliche Geschichten für die DDR. Ulbricht sei gerade noch daran gehindert worden, eine NÖP-ähnliche Politik zu machen. Honecker habe zu sehr auf Konsum gesetzt. Warum haben sie das denn machen wollen? Vielleicht sollten wir uns mal die Wirtschaftspolitik auch auf Kuba ansehen.

KKE: Kluge Neuerungen beim Einsparen von Material und Arbeitszeit wurden nicht genutzt. (S. 28)

Hinter dem Wort „kluge Neuerungen“ verbirgt sich ein Begriff von Wert, der offenbar auch nach Meinung der KKE im Sozialismus Anerkennung erheischt. Wie bestimmen wir in der sozialistischen Ökonomie, mal gesetzt den Fall, sie könnte sich autark entwickeln, den Wert? Das ist eine Frage, die noch nicht beantwortet ist.

Mal ein Beispiel. Erkennbar ist, dass die Produktion von Autos gesellschaftlich eine Verschwendung darstellt. Eisenbahn mit dichtem Schienennetz wäre volkswirtschaftlich rationeller. Schätze ich. Wie indes ist das in der volkswirtschaftlichen Rechnung zu verifizieren?

KKE: Die "Markt"-Ökonomen (Lieberman, Nemtschinow, Trapeznikow, etc.) interpretierten fälschlicherweise die bestehenden ökonomischen Probleme nicht als subjektive Schwächen in der Planung, sondern als Konsequenzen, die sich aus der objektiven Schwäche einer zentralen Planung ergäben, die auf die Entwicklung des Produktionsumfangs und dessen neue Potenziale, auf die Entwicklung facettenreicher Bedürfnisse reagieren müsse. Sie behaupteten, die theoretische Ursache wäre die voluntaristische Leugnung des Warencharakters der Produktion im Sozialismus, die Unterbewertung der Entwicklung der Landwirtschaft, die Überschätzung der Möglichkeit der subjektiven Eingriffe in die ökonomische Administration. (S. 28)

Voluntaristisch ist vor allem die Leugnung des Wertproblems in der sozialistischen Ökonomie. Ohne Begriff von Äquivalenz entstehen zwangsläufig Fehlplanung, Mangelwirtschaft, Verschwendung, Schwarzmarkt, Tonnenideologie, mangelndes

Unrechtsbewusstsein bei Wirtschaftsverbrechen – bis hin zur privaten Aneignung, präziser: Diebstahl und Raub von gesellschaftlichen Reichtümern.

KKE: Gleichzeitig wurden Vorschläge und Pläne für die Nutzung von Computern und Informationstechnologie, die einen Beitrag zur Verbesserung der technischen Datenverarbeitung, zur Verbesserung der Überwachung und Kontrolle der Produktion durch physikalische Indikatoren hätten leisten können, abgelehnt. (S. 31)

Da haben wir sie wieder, die fraglose Wertfrage!

KKE: Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Diskussion über die Ökonomie fortgeführt und sie verschärfte sich. Über die Interpretation bestimmter Probleme entwickelte sich ein Konflikt. Wir sind der Ansicht, dass die Position, die die sowjetische Führung Anfang der 1950er Jahre eingenommen hatte, korrekt war, wonach die Probleme auf der ökonomischen Ebene ein Ausdruck der Verschärfung des Widerspruchs zwischen den Produktivkräften, die sich entwickelten, und den Produktionsverhältnissen, die hinterherhinkten, waren. Die Entwicklung der Produktivkräfte hatte nach dem Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Krieg eine neue Stufe erreicht. Ein neuer dynamischer Impuls für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte hätte eine Vertiefung und Erweiterung der kommunistischen Beziehungen erfordert. Ihr Zurückbleiben betraf: die zentrale Planung, die Vertiefung des kommunistischen Charakters der Distributionsbeziehungen, eine tatkräftige und bewusste Arbeiterbeteiligung an der Organisation der Arbeit und der Kontrolle der Verwaltung von unten nach oben, die Umwandlung von genossenschaftlichem Eigentum (das neben dem Privateigentum an Waren überlebte) in gesellschaftliches Eigentum. Die Zeit war reif für die Ausweitung kommunistischer Beziehungen, und zwar auf eine bewusste, gut geplante Weise, das heißt theoretisch und politisch vorbereitet, vor allem in den Bereichen der gesellschaftlichen Produktion, in denen (hinsichtlich ihrer materiellen Reife, der Arbeitsproduktivität) vorher ihre volle Dominanz noch nicht möglich war. Gesellschaftlicher Widerstand (Kolchosbauern, Führungskräfte in der Industrie) gegen diese Perspektive, drückte sich auf ideologischer und politischer Ebene in einem innerparteilichen Kampf aus. (S. 27)

Die Zeit war reif? Wodurch denn – etwa durch ein neues Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte, unmittelbar nach Krieg mit seinen umfassenden Zerstörungen? „Die Entwicklung der Produktivkräfte hatte nach dem Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Krieg eine neue Stufe erreicht“ - ? Wenn es so war, auf welcher empirischen Grundlage kann das belegt werden? Die KKE-Thesen selbst sehen dazu in diametralem Widerspruch denn doch das eine oder andere Problem (Anmerkung 26, S. 27):

KKE: Trotz der Erfolge, die bei der Erfüllung des 4. Fünfjahrplan (1946-1950) erreicht wurden, sah die Führung der KPdSU in dieser Zeit folgende Probleme:

- 1. Geringe Einführungsraten von neuen wissenschaftlichen und technologischen Errungenschaften in einer Reihe von Industriezweigen und in der Landwirtschaft.*
- 2. Fabriken mit alten technischen Anlagen und niedriger Produktivität, die Produktion von Werkzeugmaschinen und Maschinen von veralteter Technologie.*
- 3. Phänomen der Verlangsamung, Routine, Trägheit im Fabrikbetrieb, Gleichgültigkeit gegenüber der Einführung des technischen Fortschritts als ständiger Impuls für die Entwicklung der Produktivkräfte.*
- 4. Verzögerung bei der Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktion, die niedrige Produktivität pro Hektar beim Weizenanbau, geringe Produktivität in der Tierhaltung, deren Gesamtproduktion noch nicht einmal das Vorkriegsniveau erreicht hatte, mit dem Ergebnis des Mangels an Fleisch, Milch, Butter, Obst und Gemüse, das das allgemeine Ziel, das Niveau des gesellschaftlichen Wohlstands zu heben, beeinträchtigte.*

Quelle: G. Malenkow, Rechenschaftsbericht an den 19. Parteitag über die Tätigkeit des ZK der KPdSU(B), Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1952, S. 48-81.

Das alles sind aber angeblich keine ökonomischen, objektiven Hürden für den nächsten Schritt zur Vergesellschaftung. Schwierigkeiten werden zu subjektiven Problemen umgedeutet. Mit den üblichen Verdächtigen, den „Kolchosbauern, Führungskräften in der Industrie“ hätte man schon fertig werden können – wenn da nicht der Tod Stalins gewesen wäre und in der Folge der 20. Parteitag. Schuldig ist für die KKE die theoretische Akzeptanz des Wertgesetzes (S. 27/28)

KKE: Nach dem 20. Parteitag der KPdSU wurden nach und nach politische Entscheidungen getroffen, die die Ware-Geld- (und damit potenziell kapitalistische) Beziehungen im Namen der Korrektur von Schwächen in der zentralen Planung und Verwaltung von sozialistischen Körperschaften (Unternehmen) ausweiteten. (S. 28)

Diese These relativiert selbst Stalin in der zitierten Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR:

KKE: Man sagt, dass die Warenproduktion dennoch unter allen Umständen zum Kapitalismus führen müsse und unbedingt dazu führe. Das stimmt nicht. Nicht immer und nicht unter allen Umständen! Man darf die Warenproduktion nicht mit der kapitalistischen Produktion gleichsetzen. (Aus: Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, 1952, Werke Bd. 15, S. 201)

Die KKE aber weiter unverdrossen:

KKE: Zur Lösung der Probleme wurden Mittel und Wege verwendet, die der Vergangenheit angehörten. Mit der Bevorzugung einer „Markt“-Politik statt der Stärkung des gesellschaftlichen Eigentums und der zentralen Planung, der Homogenisierung der Arbeiterklasse (mit der Erweiterung der Fähigkeiten und Möglichkeiten für eine Multi-Spezialisierung und einer anderen Art der technischen Teilung der Arbeit), der Arbeiterkontrolle und -beteiligung an der Organisation der Arbeit als Beginn der Entwicklung einer kommunistischen Selbstverwaltung, begann der umgekehrte Trend, der sich natürlich auf der Ebene des gesellschaftlichen Bewusstseins entsprechend auswirkte. (KKE-Thesen, S. 28)

Mir scheint, dass hier das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Tatsächlich sind wir schon im Kapitalismus aus guten Gründen gegen Privatisierungen und dagegen, dass immer weitere Bereiche des Lebens in Warenform der Kapitalverwertung anheim gegeben werden. Wir lehnen die Privatisierung des Gesundheitswesens, der Bildung, der öffentlichen Verkehrsmittel ab. Die Landesverfassung fordert in Artikel 27: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“

Im Sozialismus sind zunächst die entscheidenden Produktionsmittel zu verstaatlichen und zu vergesellschaften. Aber das muss nicht jeden Bäcker, jede Kneipe betreffen.

Kleinbürgerliche Existenzen können bei Beibehaltung von formellem Privatbesitz mittels Preisen und Zuteilungen, arbeitsrechtlicher und steuerlicher Bestimmungen in die Gesamtproduktion gesellschaftlich eingebunden werden. Solche Regeln könnten auch bei Zulieferern größerer Industriebetriebe Geltung bekommen. An dieser Stelle scheint mir eine wissenschaftliche Diskussion am Platze, nicht aber das Etikett „Revisionismus“ oder „Opportunismus“.

Die These 22 spricht von der opportunistischen Wende zu Beginn der 50er Jahre. Ich vermute mal, dass mit dem Zeitpunkt der 5. März 1953 gemeint ist. Was diese These nicht erörtert, ist der Zustand, in den Dschugaschwili die Partei durch den Terror ab dem 17. Parteitag, insbesondere in der Folge der Maßnahmen nach dem Mord an Kirow am 1. Dezember 1934 gebracht hat. Die Thesen der KKE geben sich alle Mühe, die Verbrechen Stalins nachträglich zu rechtfertigen.

KKE: Dies [konterrevolutionäre Verschwörungen – K.] wurde sachlich bestätigt durch die Enthüllungen der Konterrevolution Mitte der 1930er Jahre. Trotz einiger Exzesse bei den Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Zentren wurde in den Prozessen von 1936 und 1937 gezeigt, dass es eine Zusammenarbeit zwischen diesen Zentren und Teilen der Armee (der Fall Tuchatschewski, der nach dem 20. Parteitag rehabilitiert wurde) sowie Geheimdiensten von Deutschland, Großbritannien, Frankreich, usw. gegeben hatte. Mehr noch, Quellen aus kapitalistischen Staaten bestätigten die Existenz solcher Pläne und die Teilnahme führender Kader wie Bucharin daran. Ein typisches Beispiel sind die Berichte von Joseph Davies (damals US-Botschafter in Moskau) in Bezug auf den Bucharin-Prozess, den er von Anfang bis Ende verfolgte. Am 17. März 1938 sandte Davis ein vertrauliches Schreiben an das Außenministerium in Washington: „Bei allem Vorurteil gegen eine Justiz, die praktisch keinen Schutz für die Angeklagten zulässt: Nach der täglichen Beobachtung der Zeugen, der Art und Weise ihrer Zeugenaussagen, den unbewussten Bestätigungen, die geäußert wurden, und anderen Fakten im Verlauf des Prozesses oder von denen gerichtlich Notiz genommen werden konnte, wurden meiner Meinung nach, so weit sie die politischen Angeklagten betreffen, hinreichend Verbrechen nach sowjetischem Recht, über die Anklage erhoben wurde, nachgewiesen und sind jenseits aller vernünftigen Zweifel der Schuldspruch des Verrats und die Entscheidung über die Strafe, die die sowjetischen strafrechtlichen Bestimmungen vorsehen, zu rechtfertigen. Nach Meinung jener Diplomaten, die am Prozess regelmäßig teilgenommen haben, gab es eine erhebliche politische Opposition und eine überaus ernste Verschwörung.“ Quelle: Joseph Davies, Mission to Moscow, Simon and Schuster Publications, New York, 1941, S.271-272., Ludo Martens, Stalin anders betrachtet, EPO, B-2600 Berchem, S. 200-203.

Was ist dran an den konterrevolutionären Verschwörungen?

Chruschtschow hat auf dem 20. Parteitag seine so genannte Geheimrede gehalten, die mit dem „Personenkult“ abrechnete. Auch die DKP hat sie veröffentlicht, wenn auch spät. Wenige Auszüge daraus:

Chruschtschow hat auf dem 20. Parteitag:

Das Zentralkomitee, das über zahlreiche Fakten verfügt, die von der brutalen Willkür gegenüber den Kadern der Partei zeugen, hat aus dem Kreis des Präsidiums des ZK eine Parteikommission eingesetzt und beauftragt, genau zu untersuchen, auf welche Weise die Massenrepressalien gegen die Mehrheit der Mitglieder und Kandidaten des ZK der Partei, das

vom XVII. Parteitag der KPdSU(B) gewählt wurde, möglich wurden.

Die Kommission machte sich mit einer großen Anzahl von Materialien aus den Archiven des NKWD und mit anderen Dokumenten vertraut, und sie stellte zahlreiche Fakten fest über fabrizierte Anklagen gegen Kommunisten, falsche Beschuldigungen, schreiende Verletzungen

der sozialistischen Gesetzlichkeit, als deren Folge unschuldige Menschen umkamen.

Aufgedeckt wurde, dass viele Parteiarbeiter, Sowjet- und Wirtschaftsfunktionäre, die in den Jahren 1937/1938 als „Feinde“ angesehen wurden, in Wirklichkeit niemals Feinde, Spione, Schädlinge u. ä. gewesen sind, dass sie tatsächlich immer ehrliche Kommunisten waren.

Aber

man hat sie angeschwärzt, und manchmal hielten sie die barbarischen Foltern nicht aus und beschuldigten sich selbst (unter dem Diktat der mit Fälschungen arbeitenden

Untersuchungsrichter) sämtlicher schwerer und unwahrscheinlicher Verbrechen. Die Kommission hat dem Präsidium des ZK ein umfassend dokumentiertes Material über die Massenrepressalien gegen die Delegierten des XVII. Parteitags und die Mitglieder des von diesem Parteitag gewählten Zentralkomitees vorgelegt. Diese Materialien wurden vom Präsidium des Zentralkomitees begutachtet.

Festgestellt wurde, dass von den 139 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees, die auf dem XVII. Parteitag gewählt worden waren, 98 Personen, d. h. 70 Prozent, (hauptsächlich

in den Jahren 1937/1938) verhaftet und erschossen wurden. (Empörung im Saal.)

Wie war die Zusammensetzung der Delegierten zum XVII. Parteitag? Es ist bekannt, dass 80 Prozent der Teilnehmer des Parteitages mit beschließender Stimme in den Jahren der Konspiration vor der Revolution und während des Bürgerkrieges, also einschließlich bis zum Jahre 1920, in die Partei eingetreten waren. Was die soziale Zusammensetzung angeht, so stellten Arbeiter (60 Prozent der Delegierten mit beschließender Stimme) die Hauptmasse der

Parteitagsdelegierten.

Deshalb war es absolut undenkbar, dass der Parteitag mit derartiger Zusammensetzung ein Zentralkomitee gewählt hätte, dessen Mehrheit sich als Parteifeinde herausstellt. Nur im Ergebnis dessen, dass ehrliche Kommunisten angeschwärzt und zu Unrecht beschuldigt wurden, dass ungeheuerliche Verletzungen der revolutionären Gesetzlichkeit zugelassen worden sind, wurden 70 Prozent der Mitglieder und Kandidaten des vom XVII. Parteitag gewählten Zentralkomitees als Feinde der Partei und des Volkes betrachtet.

Dasselbe Geschick traf nicht nur die Mitglieder des ZK, sondern auch die Mehrheit der Delegierten zum XVII. Parteitag. Von den 1966 Delegierten mit beschließender und beratender Stimme wurden auf der Grundlage von Beschuldigungen wegen konterrevolutionärer Verbrechen weit mehr als die Hälfte - 1108 Personen - festgenommen. Schon dieser Fakt allein bezeugt, wie unbegründet, unsachlich und wider allen gesunden Verstand der Vorwurf konterrevolutionärer Verbrechen war, der - wie sich jetzt herausstellt - gegen die Mehrheit der Teilnehmer des XVII. Parteitages vorgebracht worden war.

(Empörung im Saal.)

Es sei daran erinnert, dass der XVII. Parteitag in die Geschichte als Parteitag der Sieger einging. Die Delegierten für den Parteitag waren aktive Teilnehmer am Aufbau unseres sozialistischen Staates, viele von ihnen kämpften aufopferungsvoll um die Sache der Partei in

den Vorrevolutionsjahren, in der Konspiration und an den Fronten des Bürgerkrieges, kämpften tapfer gegen die Feinde, sahen oft dem Tod ins Auge und zitterten nicht. Wie also soll man glauben, dass solche Leute in der Periode nach der politischen Zerschlagung der Sinowjewleute, Trotzlisten und Rechtsabweichler, nach den großen Siegen des sozialistischen Aufbaus sich als „doppelzünglerisch“ herausstellten, ins Lager der Feinde des Sozialismus übergingen?

Dies geschah im Ergebnis des Machtmissbrauchs durch Stalin, der den Massenterror gegen die Parteikader anzuwenden begann.

Warum verstärkten sich die Massenrepressalien gegen die Aktivisten nach dem XVII.

Parteitag immer mehr? Deshalb, weil Stalin in dieser Zeit sich so über die Partei und das Volk

stellte, dass er überhaupt weder mit dem ZK noch mit der Partei rechnete. Wenn er auch vor dem XVII. Parteitag noch die Meinung des Kollektivs respektierte, so beachtete Stalin nach der vollständigen politischen Zerschlagung der Trotzlisten, Sinowjew- und Bucharinleute, als im Ergebnis dieses Kampfes und des Sieges des Sozialismus die Einheit der Partei und des Volkes erlangt wurde, in immer größerem Maße weder die ZK-Mitglieder noch die Mitglieder des Politbüros. Stalin dachte, dass er seinerzeit selbst in allen Angelegenheiten entscheiden konnte und die übrigen ihm nur als Statisten vonnöten seien; alle anderen galten für ihn nur als Zuhörer und Lobspender.

Nach der verbrecherischen Ermordung S. M. Kirows begannen Massenrepressalien, und es gab brutale Akte der Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit. Am Abend des 1.

Dezember 1934 unterschrieb der Sekretär des Präsidiums des Zentralexekutivkomitees Jenukidse auf Initiative Stalins (ohne Beschluss des Politbüros; dieses wurde erst zwei Tage später beiläufig unterrichtet) folgende Anordnung:

„I. Die Untersuchungsbehörden werden angewiesen, die Angelegenheiten der der Vorbereitung und Durchführung von Terrorakten Beschuldigten im Schnellverfahren durchzuführen.

II. Die Gerichtsorgane werden angewiesen, im Zusammenhang mit der von Straffälligen dieser Kategorie geäußerten Bitte auf Gnadenerlass von der Ausführung des Todesurteils keinen Abstand zu nehmen, da das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der UdSSR es nicht für möglich hält, derartige Bitten zur Bearbeitung anzunehmen.

III. Die Organe des Kommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) werden angewiesen, Todesurteile gegen oben genannte Kategorien von Verbrechern sofort nach Verhängung der Urteile zu vollstrecken.“

Diese Verfügung bildete die Grundlage für massenhafte Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit. In vielen zurechtgezimrten gerichtlichen Verfahren wurde den Beschuldigten die „Vorbereitung“ von Terrorakten zugeschrieben, und das beraubte die Angeklagten jeglicher Möglichkeit der Revision ihrer Angelegenheiten selbst dann, wenn sie vor Gericht die von ihnen erzwungenen „Geständnisse“ widerriefen und die gegen sie vorgebrachten Anklagen auf überzeugende Art zu Fall brachten.

Man muss feststellen, dass die Umstände der Ermordung des Gen. Kirow bislang in sich viele

unverständliche und rätselhafte Fragen bergen und gründlichste Untersuchungen verlangen. Es gibt Anhaltspunkte für die Ansicht, dass dem Mörder Kirows, Nikolajew, irgendjemand aus dem Personenschutz Kirows geholfen hat. Eineinhalb Monate vor dem Mord war Nikolajew wegen verdächtigen Verhaltens verhaftet worden, doch man hat ihn auf freien Fuß gesetzt und nicht einmal eine Untersuchung durchgeführt. Außerst verdächtig ist der Umstand, dass ein am 2. Dezember zum Verhör transportierter Tschekist, der Kirow zugeteilt worden war, bei einem „Verkehrsunfall“ umkam, während keine der ihn begleitenden Personen verletzt wurde. Nach der Ermordung Kirows wurden leitende Mitarbeiter des Leningrader NKWD ihrer Funktionen enthoben und zu sehr milden Strafen verurteilt, aber 1937 wurden sie erschossen. Man darf vermuten, dass sie erschossen wurden, um die Spuren

der Organisatoren des Mordes an Kirow zu verwischen. (Bewegung im Saal.)

Seit ich den Text kenne, spreche ich davon, dass noch vor die Diskussion über den XX, Parteitag die über den XVII. Parteitag gehört!

In der KKE-These über die Entwicklungen in der internationalen kommunistischen Bewegung und ihrer Strategie werden die Ergebnisse der 7. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale in Frage gestellt. Dimitroff hatte dort den Faschismus eingeschätzt, die sektiererischen Fehler der Vergangenheit beim Namen genannt (Sozialfaschismus-Theorie) und es wurde auf Aktionseinheit und Volksfront orientiert. Diese Politik hatte in Gestalt der Bündnispolitik in den Volksdemokratien, aber auch in den ersten Jahren nach dem Krieg in Deutschland Verbindlichkeit für die hiesigen Kommunisten (Beschluss der KPD vom 11. Juni 1945), fand nicht zuletzt Ausdruck in der Verbindung von Sozialdemokraten und Kommunisten in der SED. Und sie war Grundlage für die „unnatürliche“ (ein Schulbuch) Allianz mit den Westmächten. Im Zuge des Kalten Krieges rückte sie zeitweise in den Hintergrund. Bis heute stellen die Ergebnisse des 7. Weltkongresses eine der Quellen Strategie der DKP dar.

An diesen Sozialismusthesen fehlt überhaupt viel. Unter anderem der positive Bezug auf eine Einheit der Klasse, auf einen Sozialismus, der subjektiv von der Mehrheit der Klasse organisiert werden muss, auf Bündnisbeziehungen, auf Bündnispolitik, auch die Bewertung des Sieges der UdSSR zusammen mit den Widerstandsbewegungen in Europa, der Welt, den imperialistischen USA, GB (und zuletzt noch Frankreichs) über den Faschismus.

Die Chruschtschow-Rede habe ich vor allem zitiert, um ahnen zu lassen, wie sehr Stalins Politik die KPdSU verändert haben muß. Ich bin auch Deiner Meinung, dass diese Rede auf dem XX. Parteitag noch lange nicht der Weisheit letzter Schluss ist. In den kommunistischen Parteien indes ist selbst diese Rede nicht diskutiert worden.

Wie hätte es unter Bedingungen des Terrors unter Koba eine Diskussion in der Partei geben können, die die wesentlichen Umstände unbefangen abwägt, um zu verbindlichen Handlungsanleitungen für alle Genossinnen und Genossen zu kommen? Wie kann wissenschaftlich geforscht werden? Wie kann eine Politik wissenschaftlich begründet werden? Wenn die Diskussion unterschiedlicher Strategien und Taktiken todeswürdig wird? Die KKE vollzieht aber die Politik der KPdSU von damals ohne Wimpernzucken nach

(Anmerkung 17). Bemerkenswert ist übrigens, dass nach dem XVII. Parteitag Anfang 1934 bis 1956 nur noch zwei Parteitage abgehalten wurden: Nr. XVIII im März 1939 und Nr. XIX im Oktober 1952. 13,5 Jahre ohne Parteitag! Dabei ist mittlerweile deutlich, dass unter Stalin ganz banale Fehler gemacht wurden. Es war beispielsweise keineswegs notwendig, dass die faschistische Wehrmacht erst 30 km vor Moskau zum Halten gezwungen worden ist. Noch nicht einmal, wenn man berücksichtigt, dass die wichtigsten Militärs vorher dem Terror zum Opfer gefallen sind. Das alles ist aber ein weites Feld.

Was unseren Anlass der Diskussion angeht, der Rolle der Warenproduktion im Sozialismus, meine ich, dass der scheinbar winzige Unterschied von Arbeitszeit und Arbeit in Deiner Argumentation das Problem aufscheinen lässt. Auch die KKE ist da unklar. Sie kann nicht beschreiben, wie sie dafür sorgen will, dass die Arbeitsproduktivität im Sozialismus steigt. Sie betont in sektiererischer Weise die subjektive Motiviertheit (bzw. Feindschaft), vernachlässigt die Notwendigkeit materieller Stimuli – die es selbstverständlich allein auch nicht wuppen.

Die KKE läßt auch die nächste strategische Dummheit nicht aus. Sie greift die Politik der „friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ in ihrer These 29 an. Da vergreift sie sich an Lenin.

Ich will hier nicht die gesamte Politik unserer griechischen GenossInnen einer Kritik unterziehen. Ich kann nur hoffen, dass die griechische Arbeiterklasse trotz der zahlreichen Hürden für ihre Zusammenarbeit Angriffe auf die Verfassung und die demokratische Verfasstheit des Landes zurückschlagen kann, die sich angesichts der Krise häufen. Erst recht wird es keinen Sozialismus ohne die große Mehrheit der Klasse geben.

Es gibt aber noch ein paar Merkwürdigkeiten, die ich hier mal nennen möchte. In These 36 im Rahmen des Kapitels „Bereicherung unserer programmatischen Konzeption für den Sozialismus“ heißt es auf Seite 49:

KKE: Der Zugriff zu diesen Produkten wird durch den individuellen Arbeitsbeitrag im Rahmen der gesamten gesellschaftlich nützlichen Arbeit bestimmt. Das Maß des individuellen Beitrags ist die Arbeitszeit, die durch den Plan in Übereinstimmung mit den folgenden Punkten bestimmt ist: dem Gesamtbedarf der gesellschaftlichen Produktion, (z. B. der Transfer von Arbeitskräften in bestimmte Regionen oder Industrien mit höherer Priorität), andere besondere gesellschaftliche Bedürfnisse (z. B. Mutterschaft, Personen mit besonderer Bedürftigkeit), der Avantgarde-Einstellung in der Organisation und Durchführung der Arbeit.

Sehe ich recht? Welche Rolle soll die „Avantgarde-Einstellung“ für den „Zugriff zu diesen Produkten“ spielen? Zumal, wenn man des riesigen Argumentationsaufwand zugunsten der Gleichheit betrachtet.

KKE: Der sozialistische Staat [das sozialistische Griechenland] sucht die Zusammenarbeit mit den Ländern und Völkern, die objektiv ein unmittelbares Interesse am Widerstand gegen die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zentren des Imperialismus haben, und vor allem mit anderen Völkern, die den Sozialismus aufbauen. Er wird jeden vorhandenen Bruch, der sich auf Grund innerimperialistischer Widersprüche in der imperialistischen Front auftut, zur Verteidigung und Stärkung der Revolution und des Sozialismus zu nutzen versuchen. (These 37, Seite 50)

Hoffentlich ist dieser Satz nicht im Lichte der Polemik gegen die „friedliche Koexistenz“ geschrieben – oder haben wir es hier mit der Aussicht auf militärische Abenteuer zu tun?

Anmerkung der Redaktion

In der ersten Fassung haben wir den Dialog zwischen Klaus Stein und dem jungen SDAJler original wiedergegeben. Denn gerade die dialogische Form macht den Charme dieser Auseinandersetzung aus. Vor allem wird deutlich, dass zivilisierte Formen der Diskussion in der Partei möglich sind.

Ich hatte mir zwar die Zustimmung von beiden eingeholt, diesen Dialog an die Berliner GenossInnen weitergeben zu dürfen, aber nicht noch einmal die Zustimmung für eine Veröffentlichung in dieser Form auf kommunisten.de nachgefragt.

Obwohl der junge SDAJler anonymisiert war, hat er nun die Bitte geäußert, nicht wörtlich zitiert zu werden. Ich bedaure das sehr, respektiere aber seinen Wunsch und möchte mich bei ihm entschuldigen.

Deshalb sind in dieser Fassung nur die Äußerungen von Klaus wiedergegeben, wo es notwendig war, haben wir die Gedanken des jungen SDAJlers indirekt zitiert.

Michael Maercks